



Das Ziel der Armutsbekämpfung auf EU-Ebene und nationale Wohlfahrtspolitiken

Marcel Fink
Universität Wien

21. 1. 2010

Das Ziel der Armutsbekämpfung auf EU-Ebene

ENTWICKLUNG BIS MITTE / ENDE DER 1980er JAHRE

- Fragen um Armut und soziale Inklusion / Exklusion: lange Zeit nicht explizit auf gesamteuropäischer politischer Agenda.
- ⇒ Sozialstaatliche Politik: lange Zeit keine einschlägigen gesamteuropäischen Policies und Politics.
- Einschlägige Ansätze ursprünglich nur betreffend: Arbeitskräftefreizügigkeit und WanderarbeitnehmerInnen; Geschlechtergleichbehandlung; Europäischer Sozialfonds (primär regionalpolitische Zielsetzungen).
- Strategien der Marktöffnung > Marktgestaltung (=„negative Integration“).
- Produkt- und mobilitätsbezogene Regelungen > produktions- und standortbezogene Regeln.
- ⇒ „Sozialpolitische Gestaltungslücke“.
- ⇒ Legitimationsprobleme des Europäischen Integrationsprozesses (kein sozialpolitisches „credit claiming“ möglich).

Das Ziel der Armutsbekämpfung auf EU-Ebene

ENTWICKLUNG AB MITTE / ENDE DER 1980er JAHRE

- Schlagwort des „Europäischen Sozialmodells“ \Leftrightarrow Kommissionspräsident Jaques Delors \Leftrightarrow Ausweitung des sozialpolitischen „Aktionsradius“.
- In Folge Einheitliche Europäischen Akte (EEA; 1986) & Vertrag von Maastricht (1993): relativ große Zahl an Richtlinienbeschlüssen betreffend Arbeitsschutz & sonstige Arbeitsbedingungen:
 - Koordinierende Regelungen (Mindestregelungen = nicht harmonisierend!),
 - regulative Inhalte (nicht unmittelbar distributive),
 - auf relativ bescheidenem Niveau (oft kein nationaler Anpassungsbedarf).
- Ab 1994: „Offener“ Koordinierungsprozess betreffend Beschäftigungspolitik (im Vertrag von Amsterdam 1999 kodifiziert).
- Vertrag von Amsterdam (1999): „Bekämpfung sozialer Ausgrenzung“ und „Sozialschutz“ als Themengebiete, in denen der Rat „Maßnahmen (...) zur Förderung der Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten (...) annehmen“ kann.
- \Rightarrow „Offene Methode(n) der Koordinierung“ (OMK) für Sozialschutz & soziale Inklusion im Rahmen der Lissabon-Agenda ab 2000.

Das Ziel der Armutsbekämpfung auf EU-Ebene

ZIELE, INSTRUMENTE & PROZESSE IM RAHMEN DER OMK

- Ziele: Relativ allgemein gehalten: „angemessene Sozialschutzsysteme“, „soziale Integration aller“, „Zugang zu (...) grundlegenden Rechten, Ressourcen und Dienstleistungen“.
- Instrumente & Prozesse: Gemeinsame Indikatoren, gemeinsame Berichterstattungs- und Benchmarkverfahren, „Bewertung“ nationaler Policies und Entwicklungen inkl. Empfehlungen ⇒ „mutual learning“?

ZWISCHENFAZIT

- ⇒ Armut / soziale Inklusion breiter im EU – „Problem-Stream“ verankert;
- ⇒ Nur Ansatzweise Herausbildung eines gemeinsamen „Policy Stream“ (z.B. soziale Inklusion durch „Aktivierung“; „Flexicurity“ etc.).
- ⇒ Strukturell beschnittener „Politics-Stream“: (v.a. distributive) Sozialpolitik über weite Teile in nationalstaatlicher Kompetenz.

Nationale Wohlfahrtspolitiken

- Sehr unterschiedliche Praxen der politischen Problemwahrnehmung, Probleminterpretation und Problembearbeitung auf nationalstaatlicher Ebene.
 - ⇒ Es gibt keinen „Europäischen Sozialstaat“.
 - ⇒ Auch ein „Europäisches Sozialmodell“ kann nur schwer definiert werden.
 - Vier (heute nicht mehr wirklich trennscharfe) Idealtypen sozialstaatlicher Politik:
 - Konservativ-korporatistisch: nördliches Kontinentaleuropa (inkl. Österreich).
 - Sozialdemokratisch: Nordeuropa / Skandinavien.
 - Rudimentär: Südeuropa.
 - Liberal: v.a. UK.
 - Plus Mischtypus mit insgesamt niedrigem Leistungsniveau (Postkommunistische neue Mitgliedsländer).
- ⇒ Debatten um / Durchsetzung von Politiken zur sozialen Inklusion / Bekämpfung von Armut nach wie vor primär nationalstaatlich verankert.
- ⇒ Unterschiedliche nationalstaatliche Praxen zeigen, dass Gestaltungspotential besteht.

Fazit

- Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist immanent politisches Projekt.
- Trotz der Versuche dieses Thema (auch) auf der EU-Ebene zu verankern, ist dabei im Endeffekt nach wie vor die nationalstaatliche Ebene entscheidend.
- ⇒ „Dezentralisierung“ und „Koordinierung“ als Grundprinzipien der Organisation des „Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung“.
- Hier gilt ähnliches wie für die Europäische Soziale Agenda insgesamt: Der Erfolg des Europäischen Jahres steht und fällt mit seiner nationalstaatlichen Umsetzung.

Marcel Fink
Universität Wien
Institut für Staatswissenschaft
Tel. 4277-49703
marcel.fink@univie.ac.at
<http://homepage.univie.ac.at/marcel.fink/>